

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

Produkt / OZ	Typ	Beschreibung	Fragesteller/ Beantworter
OZ 21	I	Klimaanlage OV Berghausen	
	A	In Haushalt 2020 u. ff. streichen mit Prüfauftrag an Verwaltung, ob es Büroarbeitsplätze in der Verwaltung gibt, bei denen die Raumtemperatur nach ASR 3.5 im Sommer überschritten wird. Sodann soll ein Gesamtkonzept für alle Büroräume in der Verwaltung erarbeitet werden.	SPD
		Diese Anmeldung kam nicht vom Ortsbauamt. Im Ortsbauamt befinden sich 5 Arbeitsplätze direkt unter dem Dach. Dabei handelt es sich noch immer um das alte Schulhausdach von „vor 100 Jahren“, vor 50 Jahren geringfügig gedämmt. Hier wurden schon Temperaturen von weit über 30° gemessen, sodass es dort drei mobile Klimaanlagen gibt. Da die Büroräume der Gemeinde Pfinztal auf mehrere Gebäude/Stellen verteilt sind, wird es schwierig sein, hier eine kompakte Klimaanlage jeweils pro Gebäude (?) errichten zu können. Dazu wäre der Eingriff in die alten Gebäude zu umfangreich und der Platz für zentrale Klimaanlagen würde auch fehlen – unabhängig vom Denkmalschutz. Von daher erhofft sich die Verwaltung von einer Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes (mit vorherigen umfangreichen Erhebungen) einen Vorteil.	
	A	Alle Arbeitsplätze der Gemeinde Pfinztal auf die Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR A3.5) prüfen und ein gesamtes Konzept für alle Arbeitsplätze der Gemeinde Pfinztal erstellen. Bis das Konzept und die Umsetzung der Maßnahmen nach der ASR A3.5 erfolgen, den betroffenen / allen Mitarbeiter kostenfrei Mineralwasser zur Verfügung stellen. Idealerweise mit Wasserspender / Wasserbrunnen an denen die Mitarbeiter Mehrwegflaschen selbst füllen können.	CDU
		Grundsatzdiskussion einschließlich Schulen	
Beschluss		Einstimmig 6.000 € streichen	
OZ 43	K	Dorfplatz APP	
	A	Inwieweit entstehen hier laufende Kosten bzw. (Personal-)Aufwand? Antrag 18.02.2020: 20.000 € streichen	ULiP
		Die App kostet pro Einwohner einer Gemeinde/Stadt im Jahr einen Euro zzgl. gesetzlicher MwSt., wir würden als Pilotprojekt einen Rabatt von 25% erhalten. Jährliche Kosten ca. 16.300 Euro	
Beschluss		Mehrheitlich abgelehnt	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

OZ 45	K	Ankündigungstafel Nordumgehung	
	A	Ankündigungstafeln Nordumgehung und Ortseingänge Kleinsteinbach in Haushalt einstellen. Dazu bitten wir noch die Kosten zu beziffern. Ergänzende Info FA 11.02.2020: Gemeint ist eine Hinweistafel für Veranstaltungen. Einstellen von 5.000 € als Platzhalter	SPD
		Durch die weitere Begründung erledigt sich die folgende Antwort des Ortsbauamtes. Hierzu kann das Ortsbauamt nichts sagen, da nicht bekannt ist, was unter dem Begriff „Ankündigungstafel“ zu verstehen ist. Im Übrigen sollte – im Zeitalter der GPS-bestückten Fahrzeuge und vor dem Hintergrund, möglichst viele Straßenschilder abzubauen - überlegt werden, ob solche (wie auch immer gearteten) Ankündigungstafeln überhaupt notwendig sind.	
Beschluss		Mehrheitlich 5.000 € einstellen	
OZ 56	I	Salzwiesen – Grunderwerb + Renaturierung	
	A	keine Zustimmung zur Erhöhung von 1,55 Mio. auf 1,8 Mio. Schon die 1,55 Mio. sind völlig überteuert und sollten aus unserer Sicht reduziert werden. Weshalb jetzt eine Erhöhung? H. Piston hat sein Angebot (800 TEUR) ja offensichtlich nicht erhöht.	ULiP
Beschluss		Mehrheitlich abgelehnt	
	F	Warum 250.00€ Mehrkosten im Vergleich zu 2019?	B90/Grünen LINKE
		Im FA 11.02.2020 wurde dargelegt, dass es sich bei den 250.000 € um Renaturierungsmaßnahmen handelt und nicht um Grunderwerbskosten. Die Texte im Haushaltplan werden an dieser Stelle angepasst.	
OZ 120	K	Sanierung Toiletten (GS Kleinsteinbach)	
	A	Betrag für Sanierung der Schultoiletten einstellen. Ist noch nicht erledigt.	SPD
		Die Toiletten im Untergeschoss des Verwaltungsgebäudes (Kindergarten/Hort) <u>wurden im Sommer 2019 saniert.</u> Eine Toilette im Klassentrakt, nämlich die im Bereich des Pfinzi-Hauses, wurde vor 3 Jahren ebenfalls saniert. Die im oberen Klassentrakt noch verbleibende andere Toilette ist in ihrem bisherigen Zustand belassen worden, weil uns hier die Information vorliegt, dass diese nicht saniert werden müsste.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen	
OZ 125	I	Beschattung Aula + Klassenzimmer (GS Kleinsteinbach)	
	A	Wir bitten um Erläuterung der Bemerkungen „Generalsanierung“	SPD

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Prüfauftrag an Verwaltung, ob Raumtemperatur in den betreffenden Klassenräume und der Aula analog ASR 3.5 im Sommer überschritten wird. Sodann entsprechende Maßnahmen ergreifen. Für diese Maßnahmen beantragen wir einen von der Verwaltung zu bestimmenden Betrag in 2020 einzustellen.	
		Diese Forderung kommt von der Grundschule Kleinsteinbach und ist mit dem Ortsbauamt nicht abgestimmt. Verschattungen machen nur wirklich Sinn, wenn sie außerhalb von Gebäuden angebracht werden. Erläuterung der Bemerkung Generalsanierung: Wie bereits in den NKHR-Schulungen des Gemeinderats dargestellt wurde, verlangt das neue Haushaltsrecht eine schärfere Abgrenzung von Unterhaltung und Investition. Bei den einzeln angemeldeten Maßnahmen würde es sich jeweils um eine reine Instandhaltungsmaßnahme/Sanierung (Aufwand) handeln. Da aber die Voraussetzungen für eine Generalsanierung/Investition (mindestens 3 Gewerke innerhalb von 3 Jahren) erfüllt sind, wurden die Maßnahmen mit diesem Vermerk zu einer Investitionsmaßnahme zusammengefasst und sind im Investitionsplan 2020 nur noch mit dem Gesamtbetrag unter dem Begriff Generalsanierung zu finden. Für die Generalsanierung sind insgesamt 440.000 € in Budget vorgesehen.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen	
OZ 126	I	Klimaanlage Klassenzimmer unterm Dach (GS Kleinsteinbach)	
	A	Wir bitten um Erläuterung der Bemerkungen „Generalsanierung“ Prüfauftrag an Verwaltung, ob Raumtemperatur in den betreffenden Klassenräumen und der Aula analog ASR 3.5 im Sommer überschritten wird. Sodann entsprechende Maßnahmen ergreifen. Für diese Maßnahmen beantragen wir einen von der Verwaltung zu bestimmenden Betrag in 2020 einzustellen. (siehe auch OZ 125)	SPD
		Auch diese Forderung kommt von der Grundschule Kleinsteinbach und ist nicht mit dem Ortsbauamt abgestimmt. Im Übrigen dürfen wir hier darauf hinweisen, dass in 2019/2020 umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an der	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Gebäudesubstanz (Statik) erfolgen/nach erfolgen. Die Verwaltung kann gerne die Raumtemperaturen über eine Zeitreihe aufzeichnen lassen und auf der Basis der dabei gewonnenen Erkenntnisse ermitteln, ob tatsächlich und wenn ja in welchem Umfang, eine Abkühlung erforderlich/möglich ist. – Nebenbei: Überhitzte Räume soll es auch im Bildungszentrum (z. B. neues Musikzimmer) geben. Beim Bau des letzten, dritten Bauabschnittes wurde dort durch den Gemeinderat die Installation einer Klimaanlage abgelehnt. Für die Generalsanierung sind insgesamt 440.000 € in Budget vorgesehen.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen	
	A	siehe OZ 21 Gesamtkonzept für alle Schulen	CDU
		Siehe Anmerkung des Ortsbauamtes zur Anfrage der SPD-Fraktion unter laufenden Nr. OZ 22.	
Beschluss		siehe OZ 21	
OZ 127	K	Aufstockung Tische + Stühle - Erwerb bew. Verm. (GS Kleinsteinbach)	
	A	Einen von der Verwaltung zu beziffernden Betrag einstellen. Durch Zweizügigkeit der 1. Klasse fehlen Tische und Stühle – auch in der Aula.	SPD
		Dieser Antrag kommt ebenfalls von der GS Kleinsteinbach. Es ist nicht ersichtlich, in welchem Umfang/in welcher Anzahl Stühle und Tische etc. beschafft werden sollen. Von daher ist eine monetäre Bewertung nicht möglich. Eine Anschaffung wäre aber sicherlich auch so aus dem üblichen Etatumfang heraus möglich.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen Bereits erledigt	
OZ 159	K	Frommel-Haus Zuschuss an Diakonie	
	A	Antrag auf Einstellen von 30 % der 44.000 EUR = 13.200 EUR.	ULiP

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		(Beantragt wurde von der Diakoniestation im Jahr 2016 ein „Zuschuss nach den Richtlinien der Gemeinde Pfinztal für die Bewilligung von Investitionshilfen für Vereine“).	
	A	Nach den Vereinsförderrichtlinien sind die Zuschüsse auf 2.500 € gedeckelt Weitergehender Antrag der SPD 18.02.2020: 2.500 € Zuschuss gemäß den Vereinsförderrichtlinien Richtlinien der Gemeinde Pfinztal	SPD
Beschluss		Mehrheitlich 41.500 € streichen (2.500 € belassen)	
OZ 162	I	Betreuungsangebot f. Kinder, Jugendliche und Senioren - Bau einer entspr. Anlage bzw. Planung	
	A	Auch wenn der OR Kleinsteinbach keine näheren Angaben dazu gemacht hat, so ist es doch auch Aufgabe der Verwaltung sich um einen geeigneten Standort zur Betreuung von Senioren zu bemühen. FA 11.02.2020: Auftrag an Verwaltung: Suche nach geeignetem Standort; Grundsatzdiskussion.	SPD
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
	F	Warum keine Werte eingetragen? Müsste man nicht bereits Geld einplanen?	B90/Grünen LINKE
		Siehe Antrag SPD/ Grundsatzdiskussion	
OZ 178	I	Investitionszuschüsse Vereine (Sportvereine)	
	A	Bitte einen analog der Vorjahre ausbezahlten Betrag einstellen. Es ist unwahrscheinlich, dass kein Antrag auf Investitionszuschuss eingereicht wird. FA 11.02.2020: Einstellen von 20.000 € im Finanzhaushalt zzgl. den entsprechenden Abschreibungen im Ergebnishaushalt.	SPD
		Man könnte hier in der Tat über „Platzhalter“ nachdenken, da die tatsächliche Höhe nicht bekannt ist.	
Beschluss		Einstimmig 20.000 € einstellen	
OZ 178	I	Gebäudemanagement Mehrzweck-Halle Wöschbach	
	A	Der TTC Wöschbach möchte neben der Mehrzweckhalle in Wöschbach, 2 Garagen als Lager errichten. Nach Gesprächen mit der Verwaltung würde der TTC Wöschbach die Kosten für die Garagen übernehmen und die Gemeinde Pfinztal den Bau der Fundamente. Bitte Kosten beziffern und einstellen. Aufnahme von 15.000 € im Finanzhaushalt zzgl. Abschreibungen im Ergebnishaushalt.	CDU
	A	Erstellen einer Konzeption für Schulgelände einschließlich Hort. (FA 11.02.2020)	SPD
		Hier gab es Vorgespräche zwischen Verein und Ortsbauamt. Neben der Lieferung von Fertiggaragen wären die Fundamente herzurichten. Daneben auch der Erdaushub zu tätigen. Ggfls. müsste eine Entwässerung verlegt werden. Zudem eine Stromzuführung. Daneben müssten die	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Garagen baurechtlich „abgesichert“ werden. Dies könnte entweder über eine Baugenehmigung oder über das Zustimmungs-verfahren nach § 70 LBO erfolgen. Aus Gründen der Personalknappheit müsste die Planung von Externen vorgenommen werden. In Summa wären hier auf Gemeinde-seite sicherlich mit 15.000 € zu rechnen.	
	A	Fraktionsübergreifender Antrag: nicht als separate OZ 190 sondern unter der „üblichen“ Vereinsförderung bei OZ 178	
Beschluss		Einstimmig 15.000 € bei OZ 178 einstellen	
OZ 197	K	Sanierung Beleuchtung LED (Hagwald-Halle)	
	A	Die Sanierung ist nicht erledigt, insbesondere auch nicht auf der Bühne. Betrag gegebenenfalls nochmals in 2020 einstellen.	SPD
		Die Sanierung ist bis auf Restarbeiten bei der Bühne erledigt. Diese Restarbeiten bei der Bühne sollen in Kürze abgeschlossen sein.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen	
OZ 202	K	Südfahrt Kleinsteinbach	
	A	Da aus unserer Sicht kein Geld für die Umsetzung vorhanden ist, macht es keinen Sinn, Geld für ein Vorantreiben der Planung einzustellen. 120.000 € Planungskosten im Ergebnishaushalt streichen.	ULiP
		Dies ist eine rein politische Entscheidung. Aus verkehrsplanerischer Sicht macht die Südfahrt Sinn, was ja auch dadurch belegt wird, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit für dieses Projekt die Gemeinde mit einem 50%igen GVFG-Zuschuss rechnen kann. Allerdings ist auch klar, dass dieses Projekt 16 - 20 Mio. € kosten wird (GR-Sitzung Mai 2018). Am Jahresanfang kam das letzte ökologische Gutachten über die Untersuchung des Naturraums im fraglichen Planungskorridor für eine mögliche Südfahrt ins Haus. Die Auswertung dieses Gutachtens durch das OBA war noch nicht möglich, sodass Weiteres an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann.	
Beschluss		Mehrheitlich abgelehnt	
	F	Was wird mit den 120.000€ genau gemacht („vorangetrieben“)?	B90/Grünen LINKE
		Am Jahresanfang sind auch die (zeitlich gesehen) letzten Gutachten über die Erhebung des Naturraumes beim Ortsbauamt eingegangen. Die darin niedergeschriebenen ökologischen Erkenntnisse sind auszuwerten, und auf dieser Basis sollte dann eine erste Vorplanung erfolgen, die nachfolgend mit der	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		„Politik“ als auch mit den einschlägigen Fachbehörden auf Durchführungsrelevanz durchzusprechen waren. Es sind also die ersten Stufen der Vorplanung anzugehen, wobei hier auch erwartet wird, dass verschiedene Alternativen mit zu betrachten sind. — Die Sache wird aus ökologischer und topografischer Sicht nicht einfach.	
	A	Fraktionsübergreifender Antrag nach Rücksprache mit der Verwaltung: Einstellen von 60.000 € € Planungskosten im Ergebnishaushalt an Stelle von 120.000 €.	
Beschluss		Mehrheitlich 60.000 € streichen (60.000 € belassen)	
OZ 220+221	K	Rekultivierung und Vermessung; Planung Erweiterung + Planung Teilstilllegung (Erddeponie)	
	A	Zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Erddeponie bitten wir um eine Auflistung der Ein- und Ausgaben der Einrichtung., Grundsatzdiskussion.	SPD
		In „Spitzenjahren“ wurden an Deponiegebühren 700.000 – 800.000 € eingenommen. Im Jahr 2019 waren es rd. 300.000 €. Die Ausgaben beliefen sich in den letzten Jahren auf ca. 250.000 € bis 270.000 € im VerwaltungsHH. Eine gebührenfinanzierte Erddeponie muss sich immer wirtschaftlich tragen, da die Gebühren auf der Basis der tatsächlich entstehenden (rathausinternen) Kosten kalkuliert sind. Jedoch ist ein nicht unwesentlicher Aspekt der, dass bei einem Wegfall der gemeindlichen Erddeponien, die privaten Bauherren enorme Schwierigkeiten haben, ihren Aushub unterzubringen. Anhand diverser allgemeiner Publikationen (auch TV) kann die Lage auf dem Erdaushubsektor so beschrieben werden, dass in absehbarer Zeit Erdaushübe über hunderte von Kilometern zu Ablagerungsstellen transportiert werden müssen, weil oftmals keine Ablagerungsstellen mehr ortsnahe zur Verfügung stehen. Dies sollte eigentlich in Pfinztal verhindert werden. (siehe auch OZ 39)	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
OZ 229	I	Generalsanierung Georgstraße	
	A	260.000,- € in 2020 streichen. Sanierung erst nach Abwicklung der Baustelle Martinshaus (Baustellenverkehr) und dann auch nur gleichzeitig mit Sanierung der dort verlaufenden B 10 Antrag: 260.000,- € im Finanzhaushalt 2020 streichen.	SPD
		Dem kann durchaus gefolgt werden. Allerdings ist noch offen, bis wann das Martinshaus wirklich umgebaut wird. Bei einem Zeitverzug in der (grundlegenden) Sanierung der Georgstraße darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass diese auch wegen des Zugangs zur Stadtbahnhaltestelle einen überdurchschnittlich hohen Radfahr- und Fußgängerverkehr aufweist. Wird die Georgstraße nicht saniert, muss aus Gründen der Gewährleistung der Verkehrssicherheit das Notwendigste „ausgebessert“ werden.	
	A	Wie uns bekannt ist (Info Bauausschuss), werden während der Bauphase des Martinshauses die Georgstraße als Baustellenzufahrt genutzt. Antrag: In 2020 streichen und in 2021 als Verpflichtungsermächtigung	CDU
		Hier wird auf die Stellungnahme die Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion verwiesen.	
Beschluss		Mehrheitlich 260.000 € streichen plus VE 2021	
OZ 233-235	K	Straßen-,Gehweg- und Radwegsanierungen alle OT	
	A	Antrag SPD: Sanierung des Gehwegs zwischen Kreisel Nordumgehung und Stuhlmühle vorrangig erledigen.	SPD
		Der von der SPD-Fraktion beschriebene Gehweg entlang der B 10 gehört dem Land Baden-Württemberg. Er ist auch aus Sicht der Verwaltung – gelinde ausgedrückt – nicht auf der Höhe der Zeit. Mehrfache Reklamationen durch das Ortsbauamt beim RP blieben in den vergangenen Jahren ungehört.	
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
OZ 236		Sanierung der Fahrbahndecke L563	
	A	Im Rahmen der Aufstellung des Lärmaktionsplans an RP wenden	SPD

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Das Regierungspräsidium Karlsruhe wird – wie eine Vielzahl anderer Behörden und Institutionen (z. B. IHK) auch – im Rahmen der Aufstellung des Lärmaktionsplanes ohnehin gehört.	
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
	A	Die Sanierung der Fahrbahndecke sollte laut Lärmaktionsplan vom RP ausgeführt werden.	CDU
		Siehe auch SPD	
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
OZ 238		Sicherung Fußgängerüberweg Hammerwerk-Center B10	
	A	Es ist auch Aufgabe der Verwaltung übergeordnete Behörden auf unsichere Querungen aufmerksam zu machen. Evtl. ist eine weitere Geschwindigkeitsbegrenzung notwendig.	SPD
		Zuständig: RP. Diese Forderung kam vom Ortschaftsrat Kleinsteinbach. Aus verkehrlicher Sicht wird sich hier wenig verändern lassen, da z. B. Fußgängerampeln auf der freien Strecke unüblich sind. Eine Gefährdung wird durch das Ortsbauamt nicht erkannt, auch durch die Fachbehörden nicht.	
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
OZ 240	I	Geschwindigkeitsanlage Jöhlinger Straße	
	F	Anmeldung von Maßnahmen, aber kein Aufwände eingetragen.	B90/Grünen LINKE
		Im Regelfall sind als übliche „Unterhaltungskosten“ lediglich die im gewissen Turnus erforderlichen Eichmaßnahmen des Gerätes anzusehen. Die vorhandene Anlage wurde seinerzeit auf dem Weg eines „Gnadenaktes“ der Gemeinde zugestanden. Die Anlage dort ist noch mit einem Fotoapparat mit Industriefilmen (400 Bilder) bestückt. Jedoch kann das Landratsamt Karlsruhe wegen der generellen Umstellung auf elektronische Erfassung die optischen Lichtbilder nicht mehr auswerten. Von daher hat in logischer Schlussfolgerung das Ortsbauamt die Umrüstung dieser beiden Anlagen vorgeschlagen. Daneben: die Anlage selbst wird von der Gemeinde gebaut und unterhalten, jedoch vom	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Landratsamt als Untere Verkehrsbehörde betrieben. Die Einnahmen aus Verwarnungs-/Bußgeldern fließen also dem Landratsamt (bei Rechtsstreitigkeiten vor Gericht der Gerichtskasse) zu.	
	A	Mit Sperrvermerk versehen: Gesamtkonzept für Pfinztal für Geschwindigkeitsmessungen entwickeln so dass wir auch davon finanziell profitieren. Sperrvermerk.	CDU
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung. (zusammen mit OZ 244)	
		Die von der Verwaltung angemeldeten Mittel sind im Konzept des Haushaltsplanes der Verwaltung aus Kostengründen nicht berücksichtigt worden. Die Installation bußgeldbewehrter Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen obliegt dem Landratsamt Karlsruhe und nicht der Gemeinde Pfinztal. Die Geschwindigkeitsmessanlage an der B 293 wurde zur Zeiten von Landrat Dr. Ditteney auf dem Weg des Gnadenerweises („weil Pfinztal ohnehin im Verkehr erstickt“) ausnahmsweise zugelassen. (Das Thema „Überwachungsanlagen in Karlsbad“ soll an dieser Stelle nicht vertieft werden). Die vorhandene Anlage wird vom Landratsamt nicht mehr weiter ausgewertet, solange diese nicht von photometrische auf elektronische Erfassung umgestellt ist (Landratsamt kann keine althergebrachten Zelluloid-Photos mehr auswerten)	
OZ 241	K	fehlende Ortsleitschilder (bspw. Kreisel) OT Kleinsteinbach	
	A	Einstellung eines von der Verwaltung zu beziffernden Betrags in 2020. Welche Angaben benötigt die Verwaltung ansonsten noch zur Mittelanmeldung des OR Kleinsteinbach? Einstellen von 5.000 € als Platzhalter im Ergebnishaushalt.	SPD
		Alle Welt will, dass die Schilder im öffentlichen Verkehrsraum ausgeforstet werden. In einem Zeitalter, indem jedes Auto und jeder Radfahrer und sogar jeder Fußgänger mit GPS bestückt ist, erscheint die zusätzlich Aufstellung von Ortsleitschildern für archaisch. Im Übrigen fehlen Angaben darüber, wie solche Ortsleitschilder aussehen sollen, respektive auf was sie alles hinweisen sollten.	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage

A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv

S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

Beschluss		Mehrheitlich	5.000 € einstellen	
OZ 242	I	Infrastruktur für E-Mobilität schaffen OT Kleinsteinbach		
	A	Gesamtkonzept für Aufstellung E-Ladesäulen f. PKWs und E-Bikes für alle 4 Ortsteile erarbeiten mit dem Ziel einen Teil davon in 2020 aufzustellen. Deshalb einen von der Verwaltung zu beziffernden Betrag in Haushalt 2020 einstellen. Welche weiteren Angaben benötigt die Verwaltung dazu noch? FA 11.02.2020: Verwaltung wird beauftragt, dies im Auge zu behalten und hierüber weiter zu berichten.		SPD
		Da zu diesem Antrag des Ortschaftsrates nichts Näheres bekannt ist, kann hier auch die Verwaltung drauf nicht im Detail eingehen. Jedoch können wir aufgrund unserer Erfahrungen im Baugebiet „Heilbrunn-Engelfeld“, bei dem die Gemeinde darauf drängte, dass zwei Ladesäulen errichtet werden, von unseren Erfahrungen berichten: Es ist schwierig, Anzahl und Standort - nutzerfreundlich (für jeden passend)- festzulegen. Daneben müssten in nahezu allen Straßen, an denen solche Säulen zu stehen kommen, neue Stromkabel verlegt werden. – und dies innerhalb der Siedlungsfläche. Im Zuge der Entwicklung des Plangebiets „Heilbrunn-Engelfeld“ hat ein maßgeblicher Mitarbeiter der EnBW geäußert, dass die Versorgung eines 6-Familien-Hauses mit 6 Ladestationen, die Verlegung eines „armdicken“ Kabels bedingt – und deshalb solches in „Heilbrunn-Engelfeld“ (wohl) nicht kommen könne. – Dies nur exemplarisch.		
Beschluss		Antrag zurückgezogen	Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
	A	Ein Gesamtkonzept für Pfinztal entwickeln. Es sollten überall zentrale Punkte für E-Mobilität vorhanden sein. Fördergelder prüfen.		CDU
		Der Ausbau hängt – neben den obengenannten Faktoren- wesentlich von zu erwartenden Förderprogrammen ab. Noch ist nichts Konkretes seitens der Bundes-/Landesregierung beschlossen. Bevor Förderbescheide vorliegen, darf in der Regel nicht begonnen werden. Ein Ausbau auf eigene Kosten ist mit erheblichen Anschaffungs- und Folgekosten verbunden (Beispiel 2 Ladesäulen Heilbrunn-Engelfeld) rund		

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		21.000 Euro - finanziert über Erschließungskostenbeiträge- plus mtl. Folgekosten).	
Beschluss		Antrag zurückgezogen Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
OZ 243	K	Mitfahrbänke OT Kleinsteinbach	
	A	Gesamtkonzept für Mitfahrbänke für alle 4 Ortsteile erarbeiten. Könnte durch privates Sponsoring finanziert werden. SPD würde mit gutem Beispiel voran gehen und die erste Bank in Berghausen, z.B. beim Edeka/ALDI/Rossmann zahlen. Einstellen von 5.000 € als Platzhalter im Ergebnishaushalt.	SPD
		Dies kann weiterverfolgt werden, alternativ könnte man auch auf den „myshuttle“ des KVV warten (angeblich 2021)	
Beschluss		einstimmig 5.000 € einstellen	
OZ 244	I	Geschwindigkeitsanzeige Reutweg OT Kleinsteinbach	
	A	Gegebenenfalls Neuanschaffung einer entsprechenden Anzeige. Angemeldet wurde eine dauerhaft installierte Geschwindigkeitsanzeige im Reutweg (Schulweg). Welche Angaben benötigt die Verwaltung noch dazu? Smiley-Anzeigen an allen Ortsein- und ausgängen hinter dem 30-Tempolimit-Schild Einstellen von 12.000 € im Finanzhaushalt zzgl. Abschreibungen im Ergebnishaushalt.	SPD
		Vgl. Hinweis letzte Seite. Der Verwaltung ist von dieser Anmeldung des Ortschaftsrates nichts bekannt. Die Gemeindeverwaltung kann aber (nichtamtliche) Anzeigetafeln am Reutweg aufstellen. Im Gegensatz zu früher müssen diese Anzeigetafeln käuflich erworben werden. Wir schätzen, dass die Anschaffung einer Anzeigetafel rd. 3.000 € kostet.	
	A	Modifizierter Antrag im GR 18.02.2020: 16.000 € einstellen	
Beschluss		Einstimmig 16.000 € einstellen	
OZ 255	I	Fahrradgaragen S-Bahn -Haltestelle Hummelberg	
	A	Warum ausgerechnet an der Haltestelle Hummelberg und nicht an den stärker frequentierten Haltestellen entlang der S 5? Wie soll die Benutzung geregelt werden? Miete o.ä.? Sukzessive Anschaffung von Fahrradgaragen für alle S-Bahn-Haltestellen FA 11.02.2020: Auftrag an Verwaltung: Bitte eventuelle Unterstellgebühr prüfen.	SPD
		Der Wunsch auf die Installation von Fahrradgaragen kam vom Personalrat des ICT, weil dort offensichtlich einige Mitarbeiter*innen	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		mit der Stadtbahn fahren und dann den Weg hoch zum bzw. runter vom ICT mit dem Fahrrad zurücklegen. Dies wurde zum Anlass genommen, die Anlage als Pilotprojekt zu realisieren. Sinnvollerweise wäre es schon angezeigt, bei allen Stadtbahnhaltestellen solche Fahrradgaragen anzubringen. Pro Einzel-Fahrradgarage ist mit einem Betrag von 1.500 € zu rechnen. Größere Probleme bereitet allerdings das Nichtvorhandensein von genügend Fläche für solche Fahrradgaragen.	
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
	A	Andere Standorte (Haltestellen) für Fahrradgaragen in Pfinztal prüfen, und diese positiven Standorte mit einbeziehen. z.B. bei Neugestaltung Bahnhofplatz Berghausen mit einplanen Fördermöglichkeiten von Land / Bund prüfen Ergänzung vom 18.02.2020: beim Gesamtkonzept behinderter gerechter Ausbau mitberücksichtigen	CDU
		Vgl. Stellungnahme zur Anfrage der SPD-Fraktion. Grundsätzlich sollte hier, besonders im Kontext mit der Umgestaltung des BÜ Söllingen, ein Konzept für gesicherte Fahrradunterstellmöglichkeiten an den Haltepunkten der Stadtbahn erarbeitet werden. Dabei wäre gerade für die „Haupteinsteigstellen“ auch zu überlegen, ob hier nicht die Errichtung von echten (kleineren) Parkhäusern für das Abstellen von Fahrrädern das Wahl der Mittel wäre, um das „Fortbewegungssystem“ Fahrrad-Stadtbahn „attraktiver“ zu gestalten. (Jüngst hat die Stadt Augsburg ähnliches in Betrieb genommen. Baukosten 1,2 Mio.€ für 130 Fahrradabstellplätze).	
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
OZ 262	K	Toiletten am Leerdamplatz	
	A	beziffern, Leerdamplatz ist häufig frequentiert, u.U. gegen Gebühr	SPD
		Die Toiletten am Leerdamplatz sind zwar nicht „top-modern“, aber nach Ansicht des Ortsbauamtes in ihrer Grundausstattung akzeptabel. Wir sind auch stets bemüht,	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Vandalismus-Schäden zeitnah zu beheben. Eine durchgreifende Sanierung wird am Auftreten von Vandalismus-Erscheinungen vermutlich nichts ändern. Die Aufrüstung der Toilette mit Gebührenautomation erscheint unpraktikabel (nicht jeder hat 50 C gerade so parat) und nicht wirtschaftlich.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen	
OZ 269	K	Neugestaltung Spielplätze	
	A	Angemeldete 50.000,- € einstellen. Spielplätze sollen auch zeitgemäß sein. Aufnahme von 50.000 € in den Ergebnishaushalt.	SPD
Beschluss		Einstimmig weitere 50.000 € einstellen	
	F	Bezieht sich das auf alle Spielplätze in Pfinztal? 50.000€ scheinen zu gering für diesen Posten	B90/Grünen LINKE
		Dieser Ansatz bezieht sich auf alle 34 Spielplätze in Pfinztal allgemein. Die hierfür zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel waren — nach Ansicht des Ortsbauamtes — in den letzten 20 Jahren stets zu gering. Im konsumtiven Bereich Spielplatzunterhaltung befinden wir uns im gesamten Unterhaltungsbudget des Bauamts. Sollten Maßnahmen für Spielplätze priorisiert werden, können diese Mittel bei Ausbleiben anderer Unterhaltungsmaßnahmen aus dem Budget genommen werden. Dies liegt im Ermessensbereich des Budgetverantwortlichen. Sofern das Budget erweitert wird, erhöht sich hierdurch das Defizit.	
OZ 270	I	Bolzplatz Kohlerwiese	
	A	FA 11.02.2020: Die Verwaltung wird beauftragt Alternativen zum Kunstrasen zu prüfen (evtl. Kork)	
	A	GR 18.02.2020 Fraktionsübergreifender Antrag: Grundsatzdiskussion.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen. Auftrag an Verwaltung.	
	F	Weshalb Kunstrasen?	ULiP
		Kunstrasen sollte deshalb kommen, weil der Bolzplatz „Kohlerwiese“ derjenige ist, der weit weg von Wohngebieten liegt, eine hohe Frequenz hat und deshalb zu Schlechtwetterzeiten den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen sollte.	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage

A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv

S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

	A	Kein Kunstrasenplatz - Kunstrasen produziert Mikroplastik. Müsste nicht zuerst Ersatz für den Kleinkindspielplatz gefunden werden?	SPD
		Die Verwendung von Kunstrasen war in der Vergangenheit oftmals das Mittel der Wahl, um Bolzplätze einigermaßen witterungsfest vorzuhalten. Im „Kreis“ der Diskussion über Mikropartikel könnte die Emission von kleinsten Plastikteilchen vorliegend durchaus ein Thema sein. Allerdings liegen hierzu trotz Recherche dem Ortsbauamt keine Informationen speziell zu Kunstrasen vor. Es gilt abzuwägen, hier einen wetterfesten Platz anzubieten oder aus Vorsorgegründen auf die Verwendung eines Kunstrasens zu verzichten. – Der gewählte Kunstrasen besitzt einen hohen Verschleißschutz (lt. Verkaufsprospekt). Der Spielplatz „Kohlerwiese“ war nie für Kleinkinder konzipiert, wenn auch hier bestimmte Geräte von Kleinkindern genutzt werden können. Solches wurde bei der Anlegung des Spielplatzes „Kohlerwiese“ vor 20 Jahren auch bewusst so festgelegt, weil ein Kleinkinderspielplatz im Bereich der unteren Au vorhanden ist und die „Kohlerwiese“ sich aufgrund ihrer entfernten Lage von Wohnungen als Bolzplatz besonders eignet.	
	A	1. Weitere Planungen in diesem Bereich im Zuge des Bau B293 neu? Wie sieht es beim Bau der Ortsumfahrung Berghausen B293 aus, wird an dieser Stelle eventuell Platz Raum für Baustelleneinrichtung / Lager benötigt? An den Spielplatz / Bolzplatz schließt eine noch nicht bebaute Gewerbefläche an, sollte diese mal genutzt werden wäre an dieser Stelle vielleicht Parkraum erforderlich, auch als Park + Ride nutzbar (Klimaaoffensive). Vorschlag: Prüfen um eine Verlegung des Spielplatz / Bolzplatz in die Steinwiesen? Ist eine Kooperation mit dem Martinshaus an deren jetzigen Gelände möglich? Vorteile: • Spielplatz ist nicht mehr an der neuen B293 • Kosten der Unterhaltung können vom Martinshaus mitgetragen werden. 2. Folge Kosten des Kunstrasen? 3. Umweltbelastung Mikroplastik?	CDU

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Wird hier schon mit einem Material gearbeitet welches keine Umweltbelastung mit Mikroplastik verursacht	
		Hier darf zunächst/in Teilen auf die Stellungnahme der Verwaltung zu den Anfragen der ULiP und der SPD-Fraktion hinweisen. Daneben ist anzumerken, dass die Gemeindeverwaltung in ersten Ansätzen eine städtebauliche Überplanung des Gebiets „Diesel-Weiher-/Gewerbestraße“ aufgenommen hat. Allerdings scheint — als Prognose — es schon sinnvoll, diesen „echten“ Bolzplatz unweit einer Wohnsiedlung aufrecht zu erhalten. Diese Aussage wird auch unter Beachtung der B 293 Neuplanung getroffen. — Das Regierungspräsidium braucht keine Fläche aus dem Platz „Kohlerswiese“ (Mail RP v. 05.02.20). Kunstrasen ist im Allgemeinen in der Pflege nicht aufwendiger als Naturrasen, hat aber den Vorteil, dass er auch bei ungünstigen Witterungsverhältnissen eher bespielt werden kann als ein Rasenplatz.	
OZ 286	K	Projekt Naturschutzflächen	
	A	Fraktionsübergreifender Antrag: Aufnahme von 50.000 € in den Ergebnishaushalt. (Empfehlung Finanzausschuss 11.02.2020)	
Beschluss		Einstimmig 50.000 € einstellen	
	F	was verbirgt sich dahinter?	ULiP
		Es handelt sich hier um die ökologische Aufwertung von bereits vorhandenen Grünflächen im öffentlichen Raum innerorts. Solches sollte aus allgemeinen Gründen angestrebt werden (Bienensterben). Da teilweise mit der Gutschrift von Ökopunkten auf unserem Öko-Konto zu rechnen ist, soll dies ein erfreulicher Nebenaspekt sein.	
	F	Hierfür wurden Mittelanmeldungen in Höhe von 50.000€ eingebracht, jedoch sind diese nicht in den Haushaltsentwurf übernommen worden. - Was beinhaltet das Projekt Naturschutzflächen? - Was war mit den Mitteln geplant? - Was wird passieren, wenn die Mittel nicht eingestellt werden? - Besteht die Möglichkeit das Projekt anteilig, aber dennoch sinnvoll zu beginnen?	B90/Grünen LINKE

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage

A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv

S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Siehe ULiP.	
	A	Auf 100.000 € erhöhen und die Bürger mit Aktionen einbeziehen. z.B. Baumpflanzaktion, Bäume für Bürger kostenfrei abgeben. FA 11.02.2020: Modifizierter Antrag CDU - 50.000 € aufnehmen. (siehe fraktionsübergreifender Antrag oben)	CDU
		Leider hat der gemeldete Ansatz von 50.000 € keine Aufnahme in den Haushalt 2020 gefunden. D.h. dass wir für das Projekt, dass sich auch aus der Klimaoffensive und der Suche nach Ausgleichsflächen ergibt, keinen Handlungsspielraum haben. Frau Schönhaar und ich hatten uns so verständigt, dass wir, sollte es beim Ansatz „null“ bleiben, versuchen müssen die Projekte aus den Ansätzen der Bauleitplanung und der Grünanlagen eventuell finanzieren zu können. Deshalb freut es uns, dass die CDU – Fraktion den Betrag erhöhen will. Wichtig wäre, dass zumindest der von der Verwaltung vorgeschlagene Ansatz (50.000 €) auch eingestellt wird. Sollte dieser dann für die Umsetzung nicht auskömmlich sein, könnte im Finanzausschuss über eine Aufstockung (im welcher Höhe auch immer) beraten werden. Sofern das Budget erweitert wird, erhöht sich hierdurch das Defizit.	
	K	Klimaoffensive Pfinztal	
	A	Fraktionsübergreifender Antrag: Aufnahme von 50.000 € in den Ergebnishaushalt. (Empfehlung Finanzausschuss 11.02.2020). Vgl. auch OZ 270 Anmerkungen CDU.	
	A	Merkposten Klima: 50.000, damit sollen kleinere Anregungen aus der Klimakommission umgesetzt werden.	SPD
	A	GEP und Klimaoffensive sind Querschnittsaufgaben, die besondere Priorität für alle Planungen und Entscheidungen Pfinztals in den nächsten Jahren haben. Alle Ausgaben zu diesen grundsätzlichen Schwerpunkten der Gemeindegarbeit und möglicher Einnahmen (Fördergelder) sollten unter einen Punkt zusammengefasst und dargestellt werden. Begründung: Die Ausgaben/Einnahmen für den GEP und die Klimaoffensive sind auf lange Sicht zu planen und	B90/Grünen LINKE

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		deren Auswirkungen auf die Zukunft darzustellen. Nur so kann z.B. Eine größere Ausgabe vermittelt, verstanden und begründet werden. Es sollte erklärt werden, warum sich im Endeffekt die Investition lohnen wird. Außerdem wird der Haushaltsplan so übersichtlicher, was die Schwerpunkte der gemeindlichen Ziele betrifft. Ausgleich/Gegenfinanzierung: Einnahmen aus • Verzicht auf Planungsgelder für Südumgehung Kleinsteinbach. • perspektivisch: Erhöhung der Grundsteuer C (ab 2025) • evtl. Erhöhung der Grundsteuer B und • evtl. Erhöhung Gewerbesteuer • Gewinn durch Einsatz eines Bürgerbusses, der Pfinztal für ein kleines Entgelt verbindet? (Vgl. Beispiel aus Fobi Doppik am 19. Oktober 19)	
		Sofern das Budget erweitert wird, erhöht sich hierdurch das Defizit	
Beschluss		Einstimmig 50.000 € einstellen	
OZ 318	I	Neue Ortsmitte Söllingen	
	A	Warum ist für die Söllinger Ortsmitte kein Geld eingestellt? Siehe Anträge Neue Ortsmitte Söllingen. Gelder sind für die Umsetzung dieses Projekts zeitnah einzustellen, spätestens für 2021. (Verwaltungsvorschlag für voraussichtliche Kosten weiterer Schritte bitte angeben.) Begründung: Die grundsätzlichen Entscheidungen zur Planung sind gefallen. Es kann weitergehen im Prozess der Entwicklung. Ausgleich: siehe unten. Grundsatzdiskussion.	B90/Grünen LINKE
		Dies wird sicherlich nicht vergessen. Allerdings ist ja noch – abhängig von dem weiteren Zuschussverfahren – zu klären, wer die Umsetzung/Realisierung dieses Projekts vornimmt (ob Gemeinde oder Investor z. B.).	
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
	K	Öffentliches WLAN	
	A	Freies W-LAN in den „Ortszentren“ von Kleinsteinbach und Wöschbach	SPD

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Einstellen von 1.000 € in den Ergebnishaushalt.	
		Strom- und WLAN-Anschluss könnte über die Rathäuser bereitgestellt werden. Die laufenden Kosten liegen bei ca. 1.000 Euro pro Jahr. Ob dies in Zeiten von Flat-Rates erforderlich ist? Ein Andrang ist beim Rathaus Söllingen nicht offensichtlich.	
Beschluss		Mehrheitlich 1.000 € einstellen	
	I	Toilette Rokycanyplatz	
	A	Toilettenanlage Rocycanyplatz Kleinsteinbach	SPD
		Die Verwaltung hat für eine Toilettenanlage beim Bahnhofsplatz in Berghausen den Betrag von 150.000 € angemeldet. Dieser Betrag setzt sich aus echten Angebotsbeziehungen und Markterkundungen zusammen. In dieser Größenordnung muss auch für eine Toilettenanlage auf dem Rokycany-Platz gerechnet werden.	
Beschluss		Mehrheitlich 150.000 € einstellen	
	K	Bestuhlung Hagwaldhalle	
	A	Reparatur (Filzbeläge) der Stühle in d. Hagwaldhalle Kleinsteinbach. Die fehlenden Filzbeläge verursachen Kratzer am Hallenboden.	SPD
		Das Anbringen von Filzgleitern unter Stühlen ist Sache der Hausmeister bzw. des Facilitymanagers und wird aus den üblichen Mitteln der Gebäudeunterhaltung bestritten.	
Beschluss		Antrag zurückgezogen	
	A	Einstellung eines Merkpostens: Verlängerung der Buslinie Kleinsteinbach-Langensteinbach bis Hammerwerk. Zuständigkeit KVV.	SPD
Beschluss		Auftrag an Verwaltung ohne Abstimmung	
	K	Wohnraum für Flüchtlinge und andere Bedürftige	
	A	Einstellung von 50.000 für das Integrationsamt für die Anmietung von Wohnraum, bzw. die Ertüchtigung von angemietetem Wohnraum (s. Karlsruher Modell) Aufnahme von 50.000 € in den Ergebnishaushalt.	SPD
		Sofern das Budget erweitert wird, erhöht sich hierdurch das Defizit	
Beschluss		Einstimmig 50.000 € einstellen	
	K	Bürger- und Jugendbeteiligung	

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

	A	Der Anteil für Bürger- und Jugendbeteiligung ist von 50.000.-€ auf 100.000.-€ zu erhöhen. Begründung: Aufgrund der neuen Ausrichtung der Gemeinde Pfinztal nach den Zielen des GEP und der Klimaausschuss hat die Verwaltung und die Politik in Bezug auf Kommunikation und Kooperation mit Bürger*innen und der Jugend erhöhte Aufwendungen zu leisten. So sind neue Formate der Bürgerbeteiligung (Interaktion, Mitwirkung und Aufnahme von Anregungen aus der Bevölkerung) zu entwickeln. Es sind Referent*innen und Moderator*innen zu gewinnen, um systematisch und koordiniert Akzeptanz und Einfluss aller an gemeinsamen Projekten im Sinne der Ziele zu gewährleisten. Ausgleich. Siehe unten. Aufnahme von 50.000€ in den Ergebnishaushalt.	B90/Grünen LINKE
		In 2019 wurden Bürgerversammlungen, Jugendbeteiligung und Pfinztal 2035 im Rahmen der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Wir gehen davon aus, dass 50.000 Euro ausreichend sind. Für die Dorfplatz-App sind an anderer Stelle 20.000 Euro eingestellt. Sofern das Budget erweitert wird, erhöht sich hierdurch das Defizit	
Beschluss		Antrag zurückgezogen	
	K	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
	A	Die Aufgaben für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Pfinztal sollen durch eine volle Stelle statt einer Halbtagsstelle professioneller gestaltet werden können. Die Stelle kann durch 2x 50%-Kräfte geteilt werden oder von einer Person ausgefüllt werden. In den Verantwortungsbereich dieser Kraft gehört... • Die redaktionelle Aufbereitung und Organisation von „Pfinztal Aktuell“ • Die abgesprochene Formulierung von Pressemitteilungen der BM, des GR, der gemeindlichen Gremien • Die Weitergabe von Informationen an die regionale Presse im Sinne einer Pressesprecherin/eines Pressesprechers für die Gemeinde. • Die inhaltliche Ausgestaltung der Pfinztaler Website • Schriftliche Kommunikation mit der Öffentlichkeit (z.B. Auswertung von Online-Umfragen, Bearbeitung von Leserbriefen, Texte für Fach-Zeitschriften, Fernsehen, Radio und anderen Organisationen, Formaten im Auftrag der BM und des GR oder seinen Gremien. Begründung: Für eine Gemeinde in der Größe Pfinztals ist es nicht ausreichend, die vielfältigen Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit einer Halbtagskraft professionell zu erledigen. Neue Perspektiven der Gemeindearbeit im Sinne des GEP und der Klimaausschuss erfordern eine	B90/Grünen LINKE

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		erhöhte öffentliche Präsenz der kommunalpolitischen Arbeit und den Austausch auf unterschiedlichen Wegen und Niveaus der Kommunikation. Kosten: ca. 30.000.-€ jährlich. Ausgleich: Siehe unten. Aufnahme von 30.000 € in den Ergebnishaushalt.	
		Das Organisationsgutachten wird hier sicherlich Aufschluss geben. Des Weiteren stehen altersbedingt Personalveränderungen bevor. In diesem Zusammenhang kann die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt überdacht werden. Allerdings ist zu beachten, dass z.B der BGH in Sachen Mitteilungsblatt die Möglichkeiten stark eingeschränkt hat (keine eigenen Presseerzeugnisse in Konkurrenz zu privaten Verlagen). Hier bewegen wir uns schon heute am Rande des gerade noch Zulässigen. Sofern das Budget erweitert wird, erhöht sich hierdurch das Defizit.	
Beschluss		Mehrheitlich Thema für den Haushalt 2021 abgelehnt	
NEU	K	Radweg Wässemle	
	A	Radweg Wässemle ist im Radwegkonzept aufgeführt (Seite 34 Maßnahmenplan – Söllingen) Planungsrate von 20.000 € einstellen. Aufnahme von 20.000 € in den Ergebnishaushalt.	CDU
		Hier gibt es bereits eine genehmigte Planung aus dem Jahre 2008. Damals endete die Kostenberechnung mit einem Betrag von 410.000 €. Wir könnten die Umsetzung der Planung (nach noch ausstehender Rücksprache mit dem Landratsamt) sicherlich umsetzen. Kostenpunkt: 850.000 €. Sofern das Budget erweitert wird, erhöht sich hierdurch das Defizit	
Beschluss		Mehrheitlich 20.000 € einstellen	
NEU	K		
	A	Der derzeitige ErzieherInnenmangel (Wöschbach und Berghausen) sorgt auch in Pfinztal für blockierte Betreuungsplätze, die aber dringend benötigt werden. Kurzfristige Aushilfe durch Ausleihung von ErzieherInnen anderer KITAs ist nicht möglich, da die Personalsituation überall angespannt ist. Größere Kommunen besitzen daher in der Regel einen ErzieherInnen-Pool, um z.B. Krankheits- und Schwangerschaftsausfällen begegnen zu können. Zu diesem Zweck beantragt die SPD-Fraktion die Einstellung eines/r zusätzlichen Erzieher/in, die explizit auch für Aushilfen in anderen Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen soll.	SPD

Beschlüsse/Anträge/Anmerkungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Erläuterung Typ:

F = Frage
A = Antrag „I“= Investiv „K“=Konsumtiv
S = Sonstiges/Vorschlag/Hinweis/Anmerkung

		Aufnahme von 10.000 € in den Ergebnishaushalt plus Stelle im Stellenplan	
Beschluss		einstimmig 10.000 € einstellen plus 1 Stelle im Stellenplan	
	K	Beteiligung „EnBW vernetzt“	
	A	Antrag der CDU auf „Beteiligung an der Netze BW GmbH“ Begründung: Hier wird Bezug genommen auf die ausführliche Beschreibung des Angebotes im letzten Info-Heft der EnBW an die Kommunen. Neben den Kosten für die Energie sind die Kosten für das Stromnetz ein entscheidender Faktor für den Preis den der Verbraucher zu bezahlen hat. In den Bereichen Wasser und Abwasser ist die Gemeinde Eigentümerin des Verteilernetzes. Unter der Aktion- EnBW vernetzt- bietet der Stromnetzbetreiber nun den Kommunen eine Minderheitsbeteiligung bis zu 24,9% an. Die festgelegte Ausgleichszahlung beträgt 3,6%p.a. für die Dauer von 5 Jahren. Die Mindestbeteiligung liegt bei 200 000 Euro. Erklärtes Ziel der Beteiligung der Gemeinde Pfinztal ist die Mitsprache beim Netzerhalt und Netzausbau. Vorgeschlagen wird dies über den Eigenbetrieb Wasser zu finanzieren. Die jährlichen Einnahmen sollten auch dort zum Ansatz kommen.	SPD
		Grundsatzentscheidung. Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat am 10.03.2020 dem Gemeinderat mehrheitlich empfohlen 200.000 € für die Beteiligung „EnBW vernetzt“ in den Kernhaushalt aufzunehmen (S. Antrag der CDU). Über diesen Antrag muss der Gemeinderat noch entscheiden.	
Beschluss		Empfehlung FA 200.000 € einstellen	